

open minded reflexivity must surely include a willingness to abandon particular practices if required« (ebd.: 89). Mit Williams (2000: 4) spricht sich Cooke (2001) schließlich dafür aus, sich kritisch mit den Begriffen zu beschäftigen, denn

»[n]ames have consequences. They define and legitimate the terms of public debates and carry their assumptions into the framing and implementation of policies, behind the backs of those who use them ... hence our need to be aware of ›keywords‹, to find out where they come from, and the recognize the baggage that they bring with them ... [r]enaming [emphasis added] covers up the continuities of institutional forms and functions« (zitiert in Cooke 2001: 25).¹⁶

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Verknüpfungen sind partizipativ gestaltete Forschungsvorhaben oder Projekte in der EZ nicht grundsätzlich abzulehnen.¹⁷ Vielmehr bleibt zu untersuchen, welche unbeabsichtigten Wirkungen aus deren Einbindung in und Instrumentalisierung für staatliche oder unternehmerische Zwecke resultieren. Eine Betrachtung der anfänglichen Zielsetzungen als manipulative Methoden erscheint jedoch als notwendig, um unbeabsichtigte Effekte zu vermeiden und emanzipative Potenziale auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu überprüfen, welche Erkenntnisse daraus für den IP-Beschwerdeprozess abgeleitet werden können. Dies adressierend lege ich im folgenden Abschnitt die theoretische Grundlage, um zu überprüfen, in welchem Verhältnis die Praktiken des IP und der Diskurs über Rechenschaftspflicht zum Entwicklungsdiskurs und den zugehörigen entwicklungspolitischen Praktiken stehen.

3.5 Der Entwicklungsapparat

3.5.1 Diskurs, institutionelle Bedingungen und Praktiken

In diesem Abschnitt arbeite ich die zentralen Analysekonzepte von Ferguson (2003) heraus, der untersucht hat, wie sich der *Entwicklungsdiskurs* auf *entwicklungspolitische* Praktiken der WB im *Thaba-Tseka Project* (Lesotho) ausgewirkt haben und welche unbeabsichtigten Effekte damit einhergingen (ebd.: xiv, 9). Da die Studie bereits einige Zeit zurückliegt, gleiche ich diese mit den Konzepten von Li (2007) ab, die sich in ihren Projektanalysen in *The Will to Improve* ebenfalls auf Fergusons Konzeptionen bezieht.

Neben den Problemen, die in Bezug auf die Umsetzung des *Thaba-Tseka Project* entstanden sind, geht es Ferguson (2003) darum aufzuzeigen, welche strukturellen Effekte die institutionalisierte Herstellung von Ideen und Wissen im *Entwicklungsdiskurs* über das Wissensobjekt Lesotho hatte. Der Diskurs bringe Wissensstrukturen hervor, auf denen aufbauend die institutionelle Praxis ausgerichtet werde (ebd.: xv). Deshalb beginnt

16 Die Keynote wurde 2003 als überarbeitete Version veröffentlicht (vgl. Williams 2003).

17 Für weitere kritische Analysen der Konzepte Partizipation und *Empowerment* siehe Cooke & Kothari (2001) sowie Mohan & Hickey (2004).

Ferguson (2003) seine Arbeit mit der Frage, was *Entwicklung* bedeutet (ebd.: xiii) und untersucht im Rahmen seiner Feldforschung die Genealogie von *Entwicklung*, um herauszuarbeiten wie *Entwicklung* eine derart zentrale und weitreichende Bedeutung zukommen konnte. *Entwicklung* definiert er wie folgt:

»Like ›civilization‹ in the nineteenth century ›development‹ is the name not only for a value, but also for a dominant problematic or interpretative grid through which the impoverished regions of the world are known to us. Within this interpretive grid, a host of everyday observations are rendered intelligible and meaningful. Poor countries are by definition ›less developed,‹ and poverty and powerlessness of the people who live in such countries are only the external signs of this underlying condition.« (Ebd.: xiii)

In einer die Komplexität nicht nur reduzierenden, sondern unzureichenden Erfassung historischer- und sozio-politischer Zusammenhänge von Armut »it appears self-evident that debtor Third World nation-states and starving peasants share a common ›problem,‹ that both lack a single ›thing:‹ ›development.‹« (Ebd.: xiii)

Ferguson (2003) kritisiert, dass sich die *Entwicklungsforschung* lange darüber gestritten habe, ob *Entwicklungsprojekte* das vorgegebene Gute erzielt haben oder nicht. Weiter kritisiert er die neo-marxistischen Ansätze, die bis dato versuchten, *Entwicklungspolitik* stets anhand von Interessen zu erklären, die letztendlich auf die Ausweitung kapitalistischer Reproduktion abzielten (ebd.: 14–16). Ferguson (2003) zufolge sei das jedoch nicht das Entscheidende. Der *Entwicklungsdiskurs* sei nicht die Rhetorik dessen, was bspw. die WB vorgebe zu tun, während sie in der Praxis ihre eigentlichen Interessen verfolge, sondern der *Entwicklungsdiskurs* sei eine »practice, it is structured, and it has real effects« (ebd.: 18). Der *Entwicklungsdiskurs* sei strukturiert, aber nicht determiniert. Ausgangspunkt seiner Forschung ist daran anknüpfend die Annahme, dass der *Entwicklungsdiskurs* Denken und Handeln beeinflusse:

»The thoughts and actions of ›development‹ bureaucrats are powerfully shaped by the world of acceptable statements and utterances within which they live; and what they do and do not do is a product not only of interests of various nations, classes, or international agencies, but also, and at the same time, of a working out of this complex structure of knowledge.« (Ebd.: 18)

Der *Entwicklungsdiskurs* über Lesotho, wie er akademisch und innerhalb der *Entwicklungsinstitutionen* geführt wurde, unterschieden sich stark, obwohl die Menschen, die den *Entwicklungsdiskurs* mitgestalten, von den Universitäten kommen, an denen der akademische Diskurs stattfindet. Dies sei ein Hinweis darauf, dass sich nicht die »library of available thoughts [verändere], but the institutional context into which both discourses and thought are inserted« (ebd.: 68). Erklärungen und Gedankengänge seien unterschiedlich gut anwendbar innerhalb des Diskurses einer *Entwicklungsinstitution* (ebd.). Demzufolge ist nicht nur der Einfluss des *Entwicklungsdiskurses* auf die *entwicklungspolitischen Praktiken* relevant, sondern auch der institutionelle Kontext, indem sich die Beteiligten befinden, beeinflusst ihr Denken und Handeln.

Ferguson (2003) arbeitet heraus, wie komplexe, historisch bedingte soziale und politische Probleme (Armut, Ungleichheit, Unterdrückung) Lesothos systematisch über die vom *Entwicklungsdiskurs* strukturierten, aber nicht determinierten Ausschlussmechanismen in kleine technische Probleme (u.a. Mangel an Bildung, Infrastruktur, Technologie) transformiert wurden. Dies ermöglichte der WB, die identifizierten Probleme in Form von technischen Interventionen zu adressieren (ebd.: 87). Li (2007) zufolge seien vielfältige Praktiken entstanden, die darauf abzielen Probleme zu identifizieren (*Problematization*), die Grenzen eines identifizierten Problems technisch zu beschreiben und in technischen Grenzen zu charakterisieren (*Rendering Technical*), damit diese mit *entwicklungspolitischen* Interventionen adressiert werden können. Beides gehe Hand in Hand und resultiere in dem, was Ferguson (2003) als »intelligible field« beschrieben habe, in das die »Expertinnen« intervenieren (Li 2007: 7). Diese Praktik, so Li (2007), »confirms expertise and constitutes the boundary between those who are positioned as trustees, with the capacity to diagnose deficiencies in others, and those who are subject to expert direction. It is a boundary that has to be maintained and that can be challenged.« (Ebd.: 7)

Der *Entwicklungsdiskurs* dient der Herstellung von geeigneten Bedingungen, die eine *entwicklungspolitische* Intervention ermöglichen und legitimieren. Dazu müssen politische Faktoren weitestgehend ausgeblendet werden, denn die Einbeziehung lokalpolitischer Einflussfaktoren könne bspw. im Hinblick auf die Handlungsoptionen einer *Entwicklungsinstitution* als eher nutzlos abgetan werden (vgl. Ferguson 2003: 68). Ebenso exkludierend wirke der Diskurs in Hinblick auf akademische Analysen. Diese seien ebenfalls nur dann nützlich, wenn diese eine Möglichkeit für die *Entwicklungsinstitution* biete sich einzubringen. Wenn eine Analyse bspw. zu dem Schluss komme, dass Armut in Lesotho historisch-politische Gründe habe und die Regierung Teil des Problems sei, resultieren daraus Handlungsoptionen, in denen eine *Entwicklungsinstitution*, die über die Regierung *Entwicklung* befördern möchte, keine Rolle spiele. Wenn Lösungsvorschläge nicht den Methoden und Arbeitsweisen einer *Entwicklungsinstitution* entsprechen oder diesen gar konträr gegenüberstehen, erschließt sich die Reproduktion der exkludierenden Funktionen des *Entwicklungsdiskurses* schon aus den institutionellen Eigeninteressen (ebd.: 68–69).

In Bezug auf seine Fallstudie argumentiert Ferguson (2003), dass das theoretische *Entwicklung*sproblem Lesothos sowohl dem Projektentwurf als auch der Projektdurchführung vorausging und zudem reale Auswirkung auf die institutionellen Praktiken hatte (ebd.: 74). Entlang der einzelnen Projektkomponenten und Maßnahmen elaboriert Ferguson (2003) Schritt für Schritt, welche Vorüberlegungen und Annahmen zur Rechtfertigung dieser aus dem *Entwicklungsdiskurs* über Lesotho herangezogen wurden (ebd.: 77–88). Weiter zeigt Ferguson (2003), welche grundlegenden Annahmen der Länderanalyse aufseiten der WB über Lesotho unzutreffend waren. Die Projektvorbereitung und Umsetzung sei auf allen Ebenen durch eine »apparent blindness to the political nature of the problems« (ebd.: 226) gekennzeichnet gewesen. Die Art und Weise, wie Projekte vorbereitet wurden, sei dabei durch das Kerngeschäft, die Kreditvergabe, geprägt.

Li (2007) argumentiert, dass die durchgeführten Studien der WB in Vorbereitung des KDP nicht das Ziel verfolgten, mehr Wissen zu generieren, sondern dazu dienten Defizite zu identifizieren und ein technisches Feld aufzuzeigen. Die Projektvorbereitung sei bereits weit vorangeschritten gewesen, bevor die Ergebnisse der ersten Studien zu-

sammengestellt waren. Die Verfassung der Studie diene demnach der retrospektivischen Rechtfertigung der Projektplanung (ebd.: 246).

Die Auswirkung des Zusammenspiels zwischen *Entwicklungsdiskurs* und institutionellen Bedingungen auf die *entwicklungspolitischen* Praktiken beschreibt Ferguson (2003) am Beispiel der von der WB durchgeführten Länderanalyse zu Lesothos Wirtschaftsstrukturen. Die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes müssen als für die der WB zur Verfügung stehenden Methoden und Lösungsansätze, geeignet dargestellt werden. Dies gilt jedoch nicht nur für Lesotho, sondern stelle vielmehr ein immer wiederkehrendes Vorgehen dar, welches dazu diene hochstandardisierte *entwicklungspolitische* Interventionen auf die unterschiedlichsten Kontexte zu übertragen. Aufgrund des Kreditvergabedruckes müssen WB und andere MFIs geeignete Projekte und Probleme identifizieren, zu dessen Lösung sie durch ihre »apolitical, technical ›development‹ intervention[s]« (ebd.: 69–70) beitragen können. Die Notwendigkeit, dem Kreditvergabedruck nachzugeben, setzt dabei die Grenzen, in denen mögliche Lösungsansätze verortet sind.

Auch Li (2007) arbeitet heraus, wie politische Entscheidungsträgerinnen, Investorinnen und das Militär als Verursacherinnen der identifizierten Probleme ausgeblendet und demzufolge als Adressatinnen von Maßnahmen unberücksichtigt blieben (ebd.: 267): »The bank social development team's capacity to translate violent conflict into a technical problem capable of technical solution was impressive« (ebd.: 262). Li (2007)¹⁸ zeigt auf, wie die Notwendigkeit technische Probleme zu identifizieren dazu geführt hat, dass die Problemverortung innerhalb der »Communities« erfolgte und damit die Lösungsansätze auf Veränderung innerhalb der »Communities« abzielten, da diese als für die WB geeignete Adressaten erschienen (ebd.: 247, 267). Die neoliberale Argumentation hinter der Problemverortung sei, dass das Wohlbefinden der Menschen im Einflussbereich der Menschen selbst liege (ebd.: 247). Li (2007) beschreibt die Ausblendung politisch-ökonomischer Verhältnisse innerhalb der Problemanalyse als *Rendering Nonpolitical* (ebd.: 11). Der Fokus liege auf der Feststellung eines Mangels einer Gruppe anstatt auf den Praktiken, die dazu führen, dass eine Gruppe eine andere verarmt (ebd.: 7).

Aus den Wechselwirkungen zwischen *Entwicklungsdiskurs* und institutionellen Bedingungen resultiere die *entwicklungspolitische* Praktik schablonenartige Lösungsansätze (Projektentwürfe) zu entwickeln, die dann von einem Ort auf einen anderen übertragen werden können. Ferguson (2003) begründet das Phänomen *Blue Print Development* mit Bezug auf Williams (1986: 12) damit, wie *entwicklungspolitische* Interventionen institutionalisiert seien und damit, dass individualisierte Lösungen schwerer innerhalb der Routinen der Bürokratie zu verarbeiten seien (vgl. Ferguson 2003: 259). Eine standardisierte und kontextunabhängige Vorgehensweise ermöglicht es, vermeintliche Erkenntnisse von einem Land zu einem anderen zu übertragen, auch wenn sich die spezifischen Kontexte unterscheiden (ebd.: 258–259).

Eine Beschreibung als nicht-politische Intervention hat jedoch nicht zur Folge, dass diese nicht auch mit politischen Effekten einhergehe. Ferguson (2003) betrachtet das von ihm untersuchte Projekt nicht im Hinblick darauf, eine Abfolge von Handlungen

18 Kecamatan Development Project (KDP): Indonesien, 1998–2002, Project ID: PO45337.

und Transformationen anhand von Interessen einzelner Subjekte zu erklären. Er verfolgt vielmehr das Ziel, die Systematik der sozialen Wirklichkeit herauszuarbeiten, die aus den Handlungen im Zuge des Projekts resultierten. Ein Projekt solle demnach nicht als die direkte Projektion bestimmter Interessen betrachtet werden, da so die »non- and counter-intentionality of structural production« (ebd.: 18) ignoriert werden würde.

Ferguson (2003) nimmt für das untersuchte Projekt an, dass die Ausweitung bürokratisch staatlichen Einflusses, wenn auch unbeabsichtigt, der Haupteffekt in Lesotho gewesen sei. Das *Entwicklungsversprechen* in Bezug auf den Landwirtschaftssektor könne demnach als Zugangspunkt betrachtet werden, der diese »instrument-effects« (ebd.) ermögliche. Auch wenn diese Ausweitung nicht Zielsetzung der Planerin gewesen sei, verdeutlicht Ferguson (2003), dass dies nichts an ihrer Wirkungsweise verändere und dies zudem nicht zur Lösung des Armutsproblems beitrage. Weiter argumentiert er, dass wenn *Entwicklungsprojekte* immer wieder Effekte hervorrufen, die in der einen oder anderen Weise politisch nützlich erscheinen, es auch nicht verwundert, dass diese immer wieder wiederholt würden (ebd.: 255–266):

»Development« discourse typically involves not only special terms, but a distinctive style of reasoning, implicitly (and perhaps unconsciously) reasoning backward from the necessary conclusions – more ›development‹ projects are needed – to the premises required to generate those conclusions. In this respect, it is not only ›devspeak‹ that is at issue, but ›devthink‹ as well.« (Ferguson 2003: 259–260)

Auch Li (2007) arbeitet heraus, dass Projektauswirkungen nicht immer auf eine bestimmte Agenda zurückzuführen sind, sondern dass Projekte mit unbeabsichtigten Effekten einhergehen können (ebd.: 269): »Interest are part of the machine, but there are not the master term« (ebd.: 9). Anhand des partizipatorisch ausgerichteten KDP zeigt Li (2007) auf, wie auch unbeabsichtigte, politisierende Effekte aus Projekten resultieren können. *Empowerment* war als Zielsetzung ausgerufen und habe stattgefunden, jedoch nicht wie es von den Projektverantwortlichen vorgesehen war: »Communities envisaged as sites for improvement became sites from which claims were made and struggles advanced« (ebd.: 277). In Bezug auf das KDP in Indonesien zeichnet Li (2007) nach, wie die Menschen vor Ort autonom handelten und die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse als Voraussetzung für weitere Projekte forderten (ebd.: 254). Diese *Practice of Politics* sei Ausdruck einer kritischen Ablehnung und Verweigerung gegenüber den Dingen, wie sie sind (ebd.: 12). Dennoch merkt Li (2007: 275) im Hinblick auf diesen Effekt kritisch an, dass auch Prozesse und Praktiken des *Empowerments* nicht völlig frei von Machtbeziehungen seien.

3.5.2 Legitimationsmuster und das Versprechen auf Reformen

Ein weiterer Aspekt, den Ferguson (2003) herausarbeitet, bezieht sich auf Kritikfähigkeit der *Entwicklungsinstitutionen* bzw. die Fähigkeit, Kritik zu integrieren, ohne dabei die dominanten Praktiken in Frage zu stellen. Auch hierbei spielen der *Entwicklungsdiskurs* und die institutionellen Bedingungen (u.a. Anreize, Kultur) im Hinblick auf die möglichen Erscheinungsformen der Kritik an Praktiken oder gescheiterte Projekte eine bedeu-

tende Rolle. Der *Entwicklungsdiskurs* strukturiere mögliche Lösungsansätze, indem er auch hier exkludierend auf politische Ansätze wirke. In der Fallstudie zu Lesotho drückt sich dies wie folgt aus:

»They [development agencies and agents] seek only the kind of advice they can take. One ›developer‹ asked my advice on what his country could do ›to these people.‹ When I suggested that his government might contemplate sanctions against *apartheid*, he replied [...] ›No, no! I mean *development*!‹ The only ›advice‹ that is in question here is advice about how to ›do development‹ better. There is a ready ear for criticisms of ›bad development projects,‹ so long as these are followed up with calls for ›good development projects.‹« (Ferguson 2003: 284–285)

Ziai (2016c) nennt diese Tendenz *technocratic bias* (ebd.: 61). Und selbst die Reaktion auf Kritik könne zur Reproduktion des *Entwicklungsdiskurses* beitragen:

»If ›development‹ is today from time to time challenged, it is still almost always challenged in the name of ›real development.‹ Like ›goodness‹ itself, ›development‹ in our time is a value so firmly entrenched that is seems almost impossible to question it, or to refer it to any standard beyond its own.‹« (Ferguson 2003: xiv)

Die Fähigkeit des *Entwicklungsapparats*, Kritik zu absorbieren und dadurch sich selbst zu erhalten, wird auch von Li (2007) aufgegriffen:

»The prodigious capacity of the national and transnational development apparatus to absorb critiques is part of what makes it operate-more or less effectively-as an ›anti-politics machine.‹ [...] The endless deferral of the promise of development to the time when the ultimate strategy is devised and implementation perfected does more than enable the development apparatus to sustain itself. It maintains the divide that separates trustees from their wards. It keeps the attention of many critics focused in the deficiencies of such schemes and how to correct them.‹« (Li 2007: 276)

Gehen *entwicklungspolitische* Interventionen trotz wohlwollender Intentionen mit gewaltvollen Praktiken einher, werden diese u.a. durch Bezugnahme auf einen höheren Zweck, den Nutzen für die Bevölkerung als Ganzes oder wirtschaftliches Wachstum legitimiert (vgl. Li 2007: 5). Am Beispiel fehlender Empörung im Hinblick auf die negativen Auswirkungen durch *entwicklungspolitische* Vertreibung argumentiert Ziai (2019), dass diese einerseits auf die inhaltlichen Legitimierungsmuster von Vertreibung im Rahmen des *Entwicklungsdiskurses* und andererseits auf dessen diskursive Struktur, den »beyond criticism gambit« (Des Gasper 1996: 150), zurückzuführen sei (Ziai 2019: 149–150). Der *Entwicklungsbegriff* sei ambivalent, indem er sowohl »Prozesse des Übergangs zu einer modernen, kapitalistischen industriellen Gesellschaft bezeichnet, andererseits Prozesse einer Verbesserung von Lebensverhältnissen« (ebd.: 150). Der *beyond criticism gambit* funktioniere, weil *Entwicklung* in jedem Fall normativ positiv gewertet werde (ebd.: 150). So ließen sich Fehler und negative Auswirkungen im Rahmen von *entwicklungspolitischen* Interventionen als nicht repräsentativ darstellen, als Ausnahmen von der Regel und schlechte Beispiele. Zielverfehlungen oder gar negative Auswirkungen

sind in dieser Argumentation das Resultat mangelnder Umsetzung (ebd.: 150). Forderungen nach Reformen können dabei den Willen zur Erreichung dieser Verbesserung unterstreichen und dienen der Erhaltung des *Entwicklungskonzepts*, da dieses sich so immer wieder erneuern kann, ohne das Konzept dabei grundsätzlich in Frage zu stellen.

Im Hinblick auf *entwicklungspolitische* Vertreibung identifiziert Ziai (2019) im *Entwicklungsdiskurs* drei inhaltliche Legitimationsmuster. Die erste inhaltliche Legitimierung von Vertreibung durch die Unvermeidlichkeitsthese konzeptualisiert Vertreibung als unvermeidbaren Bestandteil im Prozess »hin zu einer modernen, industrialisierten, kapitalistischen Gesellschaft« (ebd.: 151). Es werde nicht behauptet, dass Vertreibung durch Reformen vermeidbar sei, sondern Vertreibung werde vielmehr als notwendiges Übel beschrieben, ohne das *Entwicklung* nicht erreichbar sei. Die Wahrung individueller Rechte, bspw. durch die Ablehnung einer Intervention, sei im *Entwicklungsdiskurs* als »Stagnation oder Rückschritt« konzeptualisiert und deshalb nicht erstrebenswert oder gar undenkbar (ebd.: 151–152).

Die zweite inhaltliche Legitimierung erfolge über das Allgemeinwohl: Leid sei in dieser Argumentationsstruktur zwar vermeidbar, die positiven Aspekte übersteigen jedoch die negativen Auswirkungen, so dass in einer Kosten-Nutzen-Logik abgewogen werde. Die »wenigen« negativ betroffenen Menschen leiden demnach für die insgesamt positive Bilanz, dem *Greater Common Good* (ebd.: 151).

Die dritte inhaltliche Legitimierung *entwicklungspolitischer* Vertreibung erfolge über die Eigentumsrechte: Die negativen Auswirkungen werden durchaus anerkannt, aber die Eigentumsrechte werden priorisiert. Die Argumentationsstruktur entzieht sich der Diskussion über politische Konsequenzen, indem sie die Eigentumsrechte ausnahmslos schützenswert und gegenüber den negativen Auswirkungen priorisiert annimmt. Zudem gehen mit dieser Argumentationsstruktur nicht nur umfangreiche Ausschlussmechanismen im Hinblick auf alternative Formen der Landnutzung einher, sondern Menschen ohne formale Landtitel können entlang dieser Logik als »unrechtmäßige Besetzer« kriminalisiert werden (ebd.: 153).

Mit Verweis auf Foucault (1979) argumentiert Ferguson (2003), dass die Integration und Strukturierung der Kritik integraler Bestandteil des *Entwicklungsdiskurses* seien, die die Fortführung *entwicklungspolitischer* Interventionen trotz ihres wiederholten Scheiterns legitimiere:

»In ›development‹, as in criminology, ›problems‹ and calls for reform are necessary to the functioning of the machine. Pointing out errors and suggesting improvements is an integral part of the process of justifying and legitimating ›development‹ interventions. Such an activity may indeed have some beneficial or mitigating effects, but it does not change the fundamental character of those interventions.« (Ebd.: 285)

So entfalte der *Entwicklungsbegriff* seine legitimierende Wirkung. Während ein Projekt erfolgreich sein könne im Hinblick darauf bestimmte Wachstumsziele in einem Sektor zu erzielen, könne es gleichzeitig darin scheitern die Armut zu reduzieren, da bspw. nur privilegierte Landwirte von einem Projekt profitieren. Während gesteigertes Wachstum in bestimmten Sektoren die *Entwicklungsdefinition* als »›process of transition or transformation toward a modern, capitalist, industrial economy‹« (Ferguson 2003: 15) adres-

sieren, werden Projekte auch dadurch legitimiert, dass diese auf die eine oder andere Weise zur »reduction or amelioration of material want« (ebd.: 15) beitragen. Kritik in Bezug auf das Scheitern der Armutsreduzierung eines Projekts oder Programms kann dann mit Verweis auf erstere Definition oder dem *Greater Common Good* inhaltlich legitimiert werden.

Robert Wade (2011a) liefert in seiner Analyse der WB während der Umsetzung des Sardar-Sarovar-Staudamms in Indien für beide Legitimationsstrategien anschauliche Beispiele. Der damalige *Vice President* David Hopper betrachtete die Auswirkungen durch Vertreibung in diesem Projekt als peripher und sagte wiederholt: »You can't make omelette without breaking eggs« (ebd.: 48). Angesprochen auf die negativen Auswirkungen durch mangelnde Wasserversorgung derjenigen, die flussabwärts nach der Talsperre des Sardar-Sarovar-Staudamms lebten, antwortete eine Projektmitarbeiterin: »We are bringing drinking water to x hundred villages in Gujarat that have never had reliable supplies before« (ebd.: 46–47). Die negativen Auswirkungen der flussabwärts lebenden Menschen werden so durch den versprochenen Zugang zu Wasser »to x hundred villages in Gujarat« legitimiert. In Vorbereitung auf *entwicklungspolitische* Interventionen wird wiederum die Notwendigkeit einen bestimmten Sektor zu transformieren und zu modernisieren, um bestimmte ökonomische Kennzahlen zu erreichen, als Legitimation und Grundlage zur Erreichung von Armutsreduzierung angeführt (vgl. Ziai 2016c: 65–66). Ziai (2016c) zufolge ergibt sich hieraus ein diskursiver Zirkelschluss:

»It allows countless interventions with often highly dubious aims and effects to be launched in the name of the common good while being supported or even conducted by people who would otherwise not subscribe to these aims and effects. And it allows institutions like the World Bank to co-opt critical approaches and initiatives by claiming that they are pursuing the same goal as the institution itself – *development*.« (Ziai 2016c: 66, Herv. i.O.)

In Anlehnung an Ferguson (2003) beschreibt Ziai (2016c) den Legitimationszyklus in der *entwicklungspolitischen* Praxis wie folgt:

»This cycle consists of a diagnosis of a deficit in the object of development discourse, followed by the prescription of a recipe, a strategy which entails the promise of *development*. The failure to fulfil the promise and reach the state of *development* is followed by an explanation of the failure and a new cycle in which a renewal of the promise takes place. In this way, the development industry can constantly reaffirm its legitimacy, its competence, its good intentions and its effectiveness: »we've recognized the problem (1) and we know the solution (2) and we're working on it (3) and we're making progress (4).« (Ziai 2016c: 199–200)

Hieran schließt sich die Frage an, inwiefern die Arbeit des IP, untersucht am Diskurs über Rechenschaftspflicht innerhalb der Beschwerdeverfahren, diesen Zyklus der Legitimierung (Strukturierung der Kritik) fortführt oder ob die Praktiken und Diskurs institutioneller Rechenschaftspflicht davon abweicht.

Daran anknüpfend werde ich im Folgenden die spezifischen Phänomene herausarbeiten, die sich für den Untersuchungsgegenstand IP aus Perspektive einer macht- und

entwicklungskritischen Bürokratieforschung ergeben. Die Ausführungen stellen keine Operationalisierungen im positivistischen Sinne dar, sondern offen gestaltete Ansätze, um eine theoriegeleitete, aber multiperspektivische Auswertung der empirischen Untersuchung zu ermöglichen.

3.6 Machtkritische Perspektiven auf Rechenschaftspflicht

3.6.1 Organisationslernen und bürokratische Konflikte

Wie ich im Hinblick auf den normativen Diskurs über Rechenschaftspflicht aufgezeigt habe, soll Rechenschaftspflicht zu Verbesserungen institutioneller Praktiken führen (vgl. Ebrahim 2006: 2). Übertragen auf das Rechenschaftssystem der WBG soll eine solche Verbesserung dazu führen, dass Projekte weniger bzw. keine negativen Auswirkungen für Mensch und Natur verursachen. Erstere Formen des Organisationswandels können durch das Konzept OL als Idealvorstellung konzeptualisiert werden, wodurch sich Veränderungen von organisationalen Prozessen, Anreizen, Strukturen und Kulturen erfassen lassen.

Im nächsten Schritt erfolgt demnach die Übertragung der drei Lernschritte 1) Aneignung von Wissen, 2) Überzeugung und Verhandlung sowie 3) Institutionalisierung (vgl. Benner u.a. 2009: 219) auf das IP-Verfahren. »Aneignung von Wissen« (ebd.) findet vor allem im Zuge der Beschwerdeverfahren statt, in denen lokale Effekte der Projekte rekonstruiert werden, indem Informationen durch WB interne und externe Beteiligte erhoben werden. Der zweite Lernschritt, »Überzeugung und Verhandlung« (ebd.) erfolgt spätestens mit der Einreichung einer Beschwerde. Ich konzeptualisiere diesen Lernschritt als Interaktionsprozesse zwischen beteiligten Personen und Abteilungen im institutionellen Umfeld des IP. Ich nehme an, dass die Phase der Überzeugung und Verhandlung durch informelle Interaktionen geprägt ist und Konflikte im Berichtswesen ausgeblendet werden. Diese Interaktionen werde ich entlang der OL-Einflussfaktoren im Rahmen der alltäglichen Arbeitsprozesse (Kap. 5) und dem TSDP (Kap. 6.3) empirisch erfassen. Benner u.a. (2009) beschreiben den dritten Lernschritt »Institutionalisierung« (ebd.) als »im Wesentlichen ein[en] top-down-Prozess« (ebd.: 219, Herv. i.O.). Die Erkenntnisse der WB-Reformforschung verweisen zudem darauf, dass über die Auswirkung einer Regeländerung erst im Prozess der Institutionalisierung und des *Mainstreamings* innerhalb der Institution entschieden wird (Kap. 3.2). Ich behaupte dementsprechend für das IP, dass die Auswirkungen von Verfahrensänderungen in der alltäglichen Arbeit des IP bereits dann sichtbar werden, wenn diese in Form informeller Praktiken umgesetzt werden. Weiter nutze ich die OL-Einflussfaktoren (Kap. 3.3), um mögliche institutionelle Veränderungsprozesse im Hinblick auf die Stärkung der institutionellen Bedingungen im Sinne der *Citizen-driven-Accountability* zu identifizieren. Entlang zweier Reformprozesse werde ich die potenziellen Auswirkungen der Institutionalisierung für die Praktiken des IP diskutieren (Kap. 6.5). Diesbezüglich nehme ich an, dass informelle Praktiken zur Erweiterung des Mandats des IP führen. Fox & Brown (1998b) argumentieren, dass selbst wenn es gelingen sollte, Einfluss auf eine MFI über einen Rechenschaftsprozess auszuüben, der daraus resultierende Konflikt im besten Fall zu einer Anpassung führe. Auch wenn Über-